

Deutscher Frachter gekapert

nbu./stah. BRÜSSEL/BERLIN, 6. Mai. Im Golf von Aden ist wieder ein deutsches Schiff von Piraten gekapert worden, zu dessen elfköpfiger Besatzung aber keine deutschen Staatsbürger gehören. Der Überfall ereignete sich am Dienstag gegen 22 Uhr deutscher Zeit. Im EU-Zentrum für Meeres-sicherheit war zu erfahren, dass das unter der Flagge von Antigua und Barbuda fahrende Schiff Teil eines sogenannten Gruppentransits war, bei dem mehrere Handelsschiffe gemeinsam durch die von Piraten bedrohten Gewässer fahren. Es habe noch einen Notruf abgesetzt. Ein von einem nach Angaben des Verteidigungsministeriums 80 bis 100 Seemeilen entfernten türkischen Kriegsschiff entsandter Hubschrauber sei aber zu spät gekommen, um die Kaperung zu verhindern. Das Schiff sei nach Agenturberichten etwa 75 bis 120 Kilometer südlich der jemenitischen Küste aufgebracht worden.

Die Gruppentransite für Handelsschiffe, die von dem EU-Zentrum organisiert werden, sind keine bewaffneten Konvois, wie man sie aus Kriegen kennt. Solche bietet die EU-Mission „Atalanta“ nur für die Schiffe des Welt-ernährungsprogramms an, die Hilfsgüter nach Somalia liefern. Handelsschiffe können sich dagegen registrieren lassen und dann in einer Gruppe auf den

Weg machen, so dass die EU-Mission und andere Einsatzkräfte in den Gewässern im Notfall schnell zu Hilfe eilen können. Dass das in diesem Fall vergebens war, könnte nach Auskunft eines Sprechers auch daran liegen, dass die Piraten am Nachmittag angriffen und nicht wie sonst üblich am frühen Morgen. Das habe einen gewissen Überraschungseffekt gehabt.

Es handelt sich um ein kleineres Schiff mit niedriger Relling, das etwa 10 000 Tonnen Reis geladen hat. Nach Agenturberichten gehört es einer niedersächsischen Reederei. Das Schiff habe sich auf dem Weg von Indien nach Saudi-Arabien befunden. Die Besatzung bestehe ausschließlich aus Rumänen.

Der türkische Hubschrauber, der nicht mehr helfen konnte, war Teil der von den Vereinigten Staaten geführten Einsatzgruppe 151, die von Bahrein aus operiert. Aus der EU hieß es, dass in den betroffenen Gewässern nicht genug Kriegsschiffe zur Verfügung stünden, um auch Konvois mit Handelsschiffen zu schützen. Im gesamten Einsatzgebiet, das achtmal so groß ist wie Deutschland, operieren nur zwei Dutzend Schiffe, zehn davon von der EU. Im Transitbereich des Golfs von Aden, wo das deutsche Schiff gekapert wurde, seien die Übergriffe in jüngster

Zeit eigentlich deutlich zurückgegangen. Eine Zunahme sei dagegen vor allem im Somaliabecken zu verzeichnen.

Unterdessen übten FDP und Grüne Kritik an der Haltung der Bundesregierung. Der Verteidigungsfachmann der FDP, Rainer Stinner, sagte: „Tatsache ist: Es werden mehr Schiffe entführt als je zuvor. Befreiungsaktionen von deutscher Seite scheinen – warum auch immer – nicht möglich zu sein.“ Die einzig praktikable Lösung sei, die sogenannten Mutterschiffe der Piraten außer Gefecht zu setzen. Einen Bundeswehreininsatz auf somalischem Festland lehnte Stinner hingegen ab: „Die Regierung traut sich schon nicht, das bestehende Mandat umzusetzen. Dann sollte sie über mehr gar nicht reden.“

Jürgen Trittin, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, kritisierte die „Atalanta“-Mission selbst: Die Bundesregierung solle endlich für Klarheit der Mandate zur Pirateriebekämpfung sorgen und das „Nebeneinander“ der EU-Mission Atalanta, der Operation Enduring Freedom und der dortigen Nato-Mission beenden. Weiterhin sprach sich Trittin für die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes für Piraterie aus. „Dahingehende Bemühungen der Bundesregierung sind ebenfalls nicht zu erkennen“, kritisierte Trittin.